

Struktur und Rolle
der Protestbewegung
in Russland
vor und nach der Wahl

„Wir sind Bürger, keine Opposition!“

Swetlana W. Pogorelskaja

Die Massenproteste in Russland klingen ab. Doch die russische Zivilgesellschaft hat eine Chance, denn das bürgerliche Engagement überschreitet bei Weitem die politische Armut der Opposition, die sich neu organisieren muss.

„Ich bin keine Opposition, ich bin Bürgerin meines Landes!“ – dieses selbst gemachte Plakat, das eine begeisterte junge Frau während der Massendemos in Moskau im Dezember 2011 mit beiden Händen vor sich hielt, reflektierte die Quintessenz der russischen Bürgerproteste im Winter und Frühjahr 2011 bis 2012. Es war die Opposition, die unmittelbar nach den umstrittenen Parlamentswahlen im Dezember, bei denen massive Fälschungen stattfanden und belegt werden konnten, mittels moderner Medien die Bürger auf die Straßen rief.

Unter der Menge, die dem Ruf folgte, identifizierten sich allerdings nur wenige bewusst mit den oppositionellen Kräften. In ihrer Masse ordneten sich die Bürger nicht der Opposition zu; sie fühlten sich schlicht bei ihrem Wahlgang betrogen und generell schlecht regiert. Empört von der immensen und stets wachsenden Arroganz der Staatsmacht, artikulierten sie ihren Frust. Während der Massendemos verlor sich die oppositionelle Prominenz im bunten Gemisch an Fahnen, weißen Luftballons, farbigen Plakaten und anderen Kreationen der für Russland ungewohnten feierlichen Massenprotestkultur. Es waren die Bürger, nicht die Opposition, die dem Staat „Es reicht!“ sagten. Um dem Zeitgeist zu entsprechen,

erfand einer der Präsidentschaftskandidaten, der Oligarch Prochorow, einen eigenen griffigen Werbeslogan: „Ich bin keine Opposition, ich bin die Alternative!“ Der verzweifelte Wunsch, sich unbedingt von der Opposition zu distanzieren, zeigt, wie wenig es in Russland in letzter Zeit zählte, zur Opposition zu gehören. Ein Dissens zwischen der Bürgergesellschaft und der Opposition bleibt auch nach der Präsidentschaftswahl bestehen. Was ist der Grund dafür?

Systemopposition: alternativ, aber machtlos

Alle Änderungen des 2001 verabschiedeten russischen Parteiengesetzes, die bis 2008 vorgenommen wurden, waren darauf ausgerichtet, die Zahl der politischen Parteien zu senken. Von den im Jahre 1999 im politischen Prozess wirkenden 64 Parteien blieben 2007 nur noch neun übrig; im Jahre 2011 waren es gar sieben, einschließlich der regierenden „Einiges Russland“.

Diese Umstände bescherten Russland zwei Arten von Opposition, eine System- und eine Non-Systemopposition. Als Systemopposition bezeichnete man die zugelassenen Parteien, die zur Partei der Macht („Einiges Russland“) in Opposition standen.

Die Parteien, die nicht über die für die Registrierung erforderliche Mitgliederzahl von 40 000 Mitgliedern verfügten, bunte politische Gruppierungen, zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen fanden in ihrem Protest

gegen das „System“ zueinander und wurden zur Non-Systemopposition.

Nur drei der Oppositionsparteien – Kommunisten, Liberaldemokraten und „Gerechtes Russland“ – wurden 2007 in das Parlament gewählt. Die umstrittenen Parlamentswahlen 2011 haben nichts daran geändert. Die Parteien der Systemopposition hatten zwar alternative Visionen zu der Regierungspolitik, verfügten allerdings über so gut wie keine politische Mitgestaltungsmöglichkeit: Seit 2007 genoss „Einiges Russland“ die entscheidende Mehrheit im Parlament. Besonders frustriert waren die Kommunisten, die einzige Partei der Systemopposition, die, obgleich in das System integriert, es grundlegend ablehnte. Dieser alten Programmpartei, die mit ihrem Schwerpunkt, dem Sowjetprojekt, seit Jahrzehnten gegen die wechselnden „Parteien der Macht“ kämpft und selbst in Putins Russland die zweitstärkste politische Kraft bleibt, fehlt eine starke Führungspersönlichkeit. Die Kommunisten sind zwar keine Leader-Partei, suchen allerdings ein charismatisches Sprachrohr für ihr Programm. Denn die soziologischen Untersuchungen zeigten, dass die kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) bei den Parlamentswahlen mehr Stimmen bekommen hat als ihr Kandidat bei der Präsidentschaftswahl. Der 67 Jahre alte Gennadi Sjaganow, zu Jelzins Zeiten noch ein ebenbürtiger Präsidentschaftskandidat, erntete bei den letzten Wahlen im März „stolze“ sieben Prozent der Stimmen. Die Tatsache, dass es sich dabei um das zweitbeste Ergebnis handelte, ändert nichts daran, dass die Partei mit ihrer Führung nicht zufrieden ist.

Eine weitere traditionsreiche, aber mit Abstand schwächere Partei, die Liberaldemokraten, ist dagegen voll und ganz auf Schirinowski zugeschnitten. Die Partei, geboren, um Opposition zu sein, brütet seit zwanzig Jahren über ihrem breit-

dimensionalen national-populistischen Projekt, das niemals in Erfüllung geht, weil Schirinowski mit dem ihm anhaftenden Image des politischen Clowns selbst nie daran glaubte, Russlands Präsident werden zu können. Sein Bedürfnis nach politischer Betätigung erfüllt er als markante Oppositionsfigur. Als Präsidentschaftskandidat erwarb er sechs Prozent.

Eine weitere Partei der Systemopposition, „Gerechtes Russland“, sozialdemokratisch orientiert und von Sergej Mironov (drei Prozent) geführt, sorgt sich weniger um Systemprojekte, sondern konzentriert sich gezielt auf sozialpolitische Fragen. Doch in diesem Bereich steht sie konsequent gegen die von der Regierung geführte Politik.

Der sich zur Alternative erklärende Prochorow war keine solche. Neu im politischen Geschäft, hat er mit seinem Anspruch das nationale Unternehmertum zu vertreten und mit einem aus liberalen Parolen gebastelten Programm bei den Präsidentschaftswahlen immerhin acht Prozent der Stimmen geerntet. Doch galten diese Stimmen weniger ihm, sondern der liberalen Idee generell: der sozialliberale Kandidat Jawlinski, Chef der im Parlament seit 2003 nicht mehr vertretenen und hartnäckig zum System in Opposition stehenden Jabloko-Partei, war „aus technischen Gründen“ nicht zu den Präsidentschaftswahlen zugelassen. Seine verwaisten Wähler gaben ihre Stimme dem Kandidaten, der zumindest ansatzweise als liberal galt. Die Jabloko-Partei hat seit Jahrzehnten ein fundiertes Programm und treue Wähler, allerdings keine Chance, die Politik mitzugestalten.

Non-Systemopposition: kämpferisch, aber gedemütigt

Das Spektrum der außerhalb der parteipolitischen Prozesse stehenden Opposition ist breit, manche ihrer Kräfte haben nicht einmal richtige Programme, aber politisch aktiv sind sie alle. Besonders

bekannt sind die unter der Ägide der Koalition „Anderes Russland“ jährlich stattfindenden Straßenproteste „March of Dissent“, die unter dem Slogan „Wir brauchen ein anderes Russland“ zunächst viele Teilnehmer sammelten, allerdings mit jedem Jahr schwächer wurden und als kleine Kundgebungen endeten. Das „Regierungstandem“ (Präsident Medwedew / Regierungschef Putin) bemühte sich nicht ohne Erfolg, die Non-Systemopposition in den Augen der Bevölkerung zu demütigen, indem man ihr fehlende politische Selbstständigkeit und Verbindungen zum Westen nachsagte. Da russische demokratische Oppositionelle auf die Unterstützung der westlichen, Demokratie und Menschenrechte fördernden Organisationen zurückgriffen, warfen ihnen die regierungstreuen Medien vor, die bereits in der Ukraine („Orange Revolution“) erprobten Szenarien verwirklichen zu wollen. Man griff geschickt auf die noch in den 1990er-Jahren entstandenen Ressentiments der Bevölkerung gegen die vom Westen aus betriebene „Demokratisierung Russlands“ zurück.

Die wenig korrekten, aber schlagkräftigen Witze Putins über die demokratischen Führer der Non-Systemopposition wurden durch die Medien in Umlauf gebracht. Mal verglich er sich selbst mit der gewaltigen Magical-Python Kaa aus Kiplings *Dschungelbuch* und apostrophierte die Opposition als Paria-Affen („Come to me, banderlogs“), mal bezeichnete er sie als „an den westlichen Botschaften lauernde Schakale“, mal rügte er sie für zu viel Kritik und sagte, die „liberalen Intellektuellen“ sollten doch ihre „Bärtchen abrasieren und selbst für die Ordnung sorgen!“, mal verglich er weiße Bänder (Symbole der Protestaktionen) mit benutzten Kondomen. Auch wenn die „demokratische Opposition“ versuchte, auf den Hohn des Regierungschefs mit Humor zu reagieren, litt ihr

Image gewaltig. Die demokratischen Leader Nemtzwow, Kasparow und Kasjanow genossen den Ruf profitsüchtiger Kerle, denen es angeblich nur um eigene Machtambitionen gehe und die mit ihren Protestaktionen lediglich „westliche Gelder abarbeiten“. Den Umfragen nach misstrauten ihnen mehr als 58 Prozent der Bevölkerung; Unterstützung hatten sie lediglich von kleinen Teilen der liberalen Intellektuellen. Die Straßenproteste, die in der Zeit zwischen den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen das Leben der russischen Großstädte prägten, waren ihre Rettung: Sie konnten die Massen zwar nicht führen, sich dafür aber an sie anlehnen. Sie setzten auf die Forderung nach fairen Wahlen und auf die der populären sogenannten „Deputinisierung Russlands“. Die Non-Systemopposition hat die Massenproteste weder geprägt noch geführt. Da sowohl die Anführer der nicht registrierten Parteien (wie „Partei der Volksfreiheit“, Republikanische Partei oder auch die Nationalbolschewisten) als auch die parteiähnlichen Formationen aus dem linksradikalen und rechtsradikalen Spektrum sich in diesem Fall von ihrer engen Parteienlogik abgewendet haben, konnten die formell von ihnen initiierten Kundgebungen breite Schichten der unzufriedenen Bürger ansprechen, die sich mit keiner Partei oder Ideologie identifizieren. Die Non-Systemopposition begab sich in das Volk, sie versuchte, Teil der Bürgergesellschaft zu werden, um von dort ihren Kampf fortzusetzen. Denn die Bürgergesellschaft, so konstatierte eine angesehene Menschenrechtlerin, Ljudmila Alexeeva, kann unmöglich als Opposition bezeichnet werden.

Schluss mit „non“!

Doch die vom Präsidenten Medwedew initiierten Veränderungen des Parteiengesetzes holen diese „Teile der Bürgergesellschaft“ in das Parteienleben zurück. Die „Reformen des politischen Systems“,

präsentiert als „Modernisierung der Demokratie“ und „Antwort auf die Forderungen der Bürger“, wurden noch vor den umstrittenen Parlamentswahlen vorbereitet. Alle, denen daran lag, sich organisiert im politischen Prozess zu beteiligen, konnten sich auf die Vereinfachung der Registrierungsprozedur freuen. Die für die Parteienregistrierung erforderliche Mitgliederzahl wurde von 40 000 auf nur 500 Mitglieder gesenkt. Daher konnten alle einst aus dem parteipolitischen Prozess verdrängten Leader in die Politik zurück, und viele von ihnen haben inzwischen diese Möglichkeit genutzt. Am Ende seiner Präsidentschaft bemüht sich Medwedew, liberal zu sein: Die Vertreter der nicht registrierten Parteien wurden zu Gesprächen in den Kreml eingeladen. Es wird erwogen, selbst den Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, die Beteiligung am Parlamentsleben zu ermöglichen. Man fragt sich, weshalb Medwedew, der noch am Anfang seiner Amtszeit auf der Reduzierung der Parteienzahl bestand, seine Position änderte. Einige Beobachter sind der Meinung, dass der politische Raum um „Einiges Russland“ herum gezielt „atomisiert“ werde, sodass der Regierungspartei, die auf jeden Fall ihr starkes administratives Wählerpotenzial behält, keine starken Gegner im Wege stehen werden. Denn bei der vereinfachten Registrierungsprozedur ist es den Parteien verboten, vor den Wahlen zu koalieren und Blöcke zu bilden. So befürchten Beobachter, dass durch diese Reform auf dem parteipolitischen Boden – um Mao ein bisschen anders zu zitieren – „hundert halb verrückte Blumen aufblühen“. Die drei starken oppositionellen Parteien werden es schwer haben, sich unter all den „Freaks“ zu behaupten. Es mag aber sein, dass es der Regierung auch darum geht, die zwecks Initiierung der Proteste „in die Bürgergesellschaft“ gegangene Opposition von dort zurück in die Politik zu holen und sie zunächst mit

den technischen Fragen der Politik (Gründung der Parteien, Ausarbeitung der Programme, Registrierung der Partei et cetera) zu beschäftigen. Vermutlich wird sich die Parteienzahl im Laufe der Zeit wieder verringern, indem die kleineren Parteien dazu gebracht werden, miteinander zu fusionieren. Bei der Präsentation seiner Reform ging Medwedew davon aus, dass der Begriff der „Non-Systemopposition“ aus der Politik verschwindet: „Wenn die Opposition nach einem Parteiengesetz handelt, ist sie Systemopposition. Diejenigen, die sich nicht an das Gesetz halten, sind keine Oppositionellen, sondern Verbrecher.“

Die Internetpartei versus „TV-Partei“

„Wir gehen unbedingt zu Demos!“, schrieb resigniert in Facebook ein junger Demokrat im Vorfeld des am 6. Mai von der Opposition organisierten „Marsches der Millionen“. – „Das wird doch bestimmt unsere letzte Aktion sein.“ Die Protestaktionen, die in der Zeit zwischen den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen das Straßenbild der russischen Großstädte bestimmten, klingen langsam ab. Es ist kein Wunder: Die am Bolotnaya-Platz entstandene Protestbewegung hat primär die „frustrierten Großstädter“ vereinigt.

Das waren Teile des städtischen Mittelschichtmilieus, die man nicht selten als „kreative Klasse“ bezeichnet: populäre Internetblogger wie Anatoli Navalny, seines Zeichens Kämpfer gegen die Korruption, aber auch Schriftsteller, Manager, Professoren, Journalisten, Werbefachleute, Designer, Architekten, darunter auffallend viele gut gebildete und gut gekleidete junge Leute. Vereint durch die von diesen sozialen Schichten bevorzugten „elitären“ TV- und Radiosender (wie *Echo Moskvas*), organisiert über Facebook und andere soziale Internetnetzwerke, waren sie in ihrem Wunsch einig, „nie wieder betrogen“ zu werden. Bei Um-

fragen gab die Mehrheit von ihnen an, „liberal“ oder „demokratisch“ zu sein, es gab auch solche, die sich als Kommunisten-Sympathisanten oder generell links einordneten, doch in ihrer Mehrheit waren es die entpolitisierten und auch mehr oder weniger gut situierten Großstädter. Sie strebten keine politische Macht an, sondern politische Fairness – und bemühten sich, diese Bestrebungen möglichst kreativ und erfinderisch zum Ausdruck zu bringen. So entstand der Eindruck, dass bei manchen nicht das Erreichen der Ziele, sondern die Kreativität ihres individuellen Protestes im Mittelpunkt stand. Es ist kein Zufall, dass manche der kritischen Analytiker die Proteste als „Hipster-Revolution“ bezeichneten.

Um die brodelnden Großstädte herum lag weit und breit ein sprachloses Russland und sah fern. In den trostlosen Dörfern, in denen es keine Schulen mehr gibt, weil es an Kindern fehlt, in den einst durch die Monoindustrie und heute durch die Massenarbeitslosigkeit geprägten Kleinstädten, also inmitten Russlands, sah man die Proteste im ohnehin verhassten Moskau mit ganz anderen Augen. Von dort aus wurden die gut gekleideten, satt aussehenden und doch protestierenden Menschen mit ihren weißen Luftballons, kreativen Plakaten und Karnevalskostümen nicht als Kämpfer für Fairness der Politik, sondern als „verfressene“ Bourgeoisie empfunden und waren daher verpönt. Die Pelze und Stöckelschuhe der an den Aktionen teilnehmenden prominenten Damen (Fernsehmoderatorinnen, Models et cetera), die später in ihren Blogs erzählten, wie ihre Nerzmäntel die Strapazen der Straßenproteste überstanden, waren der Grund, weshalb diese Massendemos im Volke abwertend als „Nerzdemos“ bezeichnet wurden. Im Internet genoss dieses kreative Milieu seine Freiheit, in Wirklichkeit waren sie mit den Menschen konfrontiert, die sie früher nie beachtet ha-

ben: mit denen, die Putin wählten. Denn Putin, dessen Anhänger nicht durch das Internet, sondern primär durch die administrativen Ressourcen mobilisiert wurden, scheute sich nicht davor zu zeigen, dass er die eventuelle Spaltung der Gesellschaft in Kauf nimmt. Bald nach den Straßenprotestaktionen fanden ebenfalls in den Großstädten, vor allem aber in Moskau Pro-Putin-Kundgebungen statt, bei denen Putin als Garant der Stabilität gefeiert wurde. Auch Teile der patriotischen Kräfte haben sich von den Protestaktionen der demokratischen Opposition distanziert und eigene Kundgebungen durchgeführt. Die demokratische Non-Systemopposition verstand sich gut mit der Generation Facebook, sie orientierte sich primär an diesen fortschrittlichen, selbstständigen, aktiven und vorwiegend jungen Menschen. Die Internet-Partei war kreativer, doch die „TV-Partei“ (wie die vom „Väterchen Staat“ abhängige und Stabilität anstrebende Bevölkerung von den demokratischen Oppositionellen abwertend genannt wurde) war zahlreicher – und sie hat Putin gewählt.

Die kreativen Protestler trösteten sich bald, indem sie die materiellen Überreste ihres Protestes, also die Plakate, zu einem „public event“ machten. Noch war die Protestbewegung nicht vorbei, startete schon die Internet-Gemeinschaft „Open-Space“ in der Moskauer Künstlergalerie ArtPlay die erste „Ausstellung eines Protestplakats“ unter dem Titel „Ihr stellt euch nicht vor, wie wir sind“.

„Il faut cultiver notre jardin“

Der junge Blogger, der im Vorfeld des „Marschs der Millionen“ am 6. Mai über „unsere letzte Aktion“ sprach, hatte recht. Die Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften und die gewaltige Auflösung der Massendemos hat das Ende der bürgerlichen „Bolotnaya“-Protestbewegung endgültig besiegelt. Denn der Kern der „Bolotnaya“-Bewegung, die

„kreative Klasse“, ist generell nicht bereit, sich unter den Knüppel der wütenden Sicherheitskräfte zu begeben. Die hochgebildeten und mehr oder weniger gut situierten Bürger, die seit Dezember ihr politisches Anliegen in Moskau friedlich, bunt und erfinderisch auf den Straßen austrugen, wollen sich der rücksichtslosen Gewalt der Staatsmacht nicht ausliefern. Doch ihre Entfremdung von dem herrschenden Regime ist endgültig. Das bisher beispiellose Großaufgebot an Sicherheitskräften bei Putins Amtseinführung zeigte allerdings, dass auch im Regime umfassende Entfremdungsprozesse von jenem Volk im Gange sind, das er eigentlich bis 2018 zu regieren beabsichtigt.

Die Protestler haben sich nach Putins Amtsantritt gespalten, ihr Widerstand nimmt andere Formen an. Die kreativen Eliten organisierten kleine Aktionen des bürgerlichen Ungehorsams, wie zum Beispiel die „fröhlichen Mai-Volksspaziergänge“ durch die Moskauer Boulevards. Einige Teile der Non-Systemopposition haben, wenn auch gezwungenermaßen, das von Medwedew vorgeschlagene Projekt der politischen Zusammenarbeit, die sogenannte „Offene Regierung“, aufgegriffen.

Die Kreise um den Anführer der Linksfrente Sergej Udaltow und den Antikorruptionskämpfer, Internetblogger und Anwalt Alexej Nawalny setzen weiterhin auf die Straßenproteste. Dieser harte Kern der erfahrenen Straßenprotestler fordert aber keine Reformen mehr, sondern generell den Rücktritt Putins und den Systemwechsel. Sie werden von dem Staat konsequent marginalisiert und bekämpft. Als erste hat die Stadt Moskau die Oppositionslager auf dem Boulevard Tschistoprudny aufgelöst und den Protestlern

vorgeschlagen, sich einen abgelegeneren Ort zu suchen.

Permanenter Widerstand

Allerdings ist das Ende, der auf den Straßen artikulierten, friedlichen Bürgermassenproteste nicht der Ausdruck der Schwäche der russischen Bürgergesellschaft, sondern umgekehrt ein Impuls für ihre Entfaltung. Die vielleicht weniger kreativen, dafür aber konstruktiven Teile der Bolotnaya-Bewegung kehrten zu ihrem Arbeitsalltag zurück, in welchem sie, jeder an seiner Stelle, permanent der Staatsgewalt und der Korruption mit Wort und Tat widerstehen.

Die Energie, die sich Ende 2011/Anfang 2012 zunächst in den Straßenaktionen akkumulierte, entlud sich nicht, sie kann und muss auf die alltägliche zivilgesellschaftliche Arbeit gerichtet werden. Selbst in einem Staat, dessen Wesen bereits seit zwei Jahrzehnten die Korruption ist, dessen „Eliten“ sich immer wieder des Vokabulars der Kriminellen bedienen und dessen Behörden weniger nach Gesetzen, sondern nach „Ponjatija“ (die im kriminellen Milieu geltende ungeschriebene Verhaltensregel) walten, geht die Demokratie nicht verloren, solange die zivilgesellschaftliche Betätigung nicht verboten wird. Mit ein bisschen mehr Optimismus als Voltaires Candide sagen sich die Bürger in Putins Russland: Lasst uns selbst für unser Glück sorgen. Das soziale Engagement, Jugendarbeit, Umweltschutz, Schutz der Menschenrechte – dies sind die Arbeitsfelder, auf welchen in Russland mehrere Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen seit Jahren unermüdlich arbeiten. Die Bürgergesellschaft ist dort in der Tat keine „Opposition“, sie ist der Widerstand.